

CDU/CSU-Regierungsprogramm mit klarem Bekenntnis zum „Zentrum gegen Vertreibungen“

Helmut Sauer und Erwin Marschewski zu den Wahlprogrammen von CDU/CSU und SPD



Helmut Sauer

Der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU Helmut Sauer (Salzgitter) erklärt zum verabschiedeten Regierungsprogramm:

In dem gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU/CSU haben wir ein klares Bekenntnis zu den Heimatvertriebenen und zum Zentrum gegen Vertreibungen abgegeben. So heißt es im Kapitel „Deutschland:

Partner in Europa und in der „Welt“:

„Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Osteuropa haben auch nach der Osterweiterung eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn. Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und gleichzeitig Vertreibung für immer zu ächten.“

Darüber hinaus heißt es im Kapitel „Kunst und Kultur fördern“: „Wir



Erwin Marschewski

werden die Rahmenbedingungen für die Kultur – unter Beachtung besonderer Zuständigkeiten der Länder – weiterentwickeln. Dazu gehören vor allem die Verantwortung des Bundes für die auswärtige Kulturpolitik, die Förderung von Projekten nationaler Bedeutung und die nationale Erinnerungskultur.“

Somit bleibt die Union auch künftig Partner der deutschen Heimatvertriebenen

und wird dafür Sorge tragen, das Bewusstsein für das Unrecht und die Völkerrechtswidrigkeit der Vertreibung wach zuhalten.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski erklärt zu den Regierungsprogrammen von CDU/CSU und dem Wahlmanifest der SPD:

Mit der Veröffentlichung des Wahlmanifestes der SPD steht fest:

(Fortsetzung auf S.3 unten)

INHALT

SEITE 3
ROT-GRÜNER HAUSHALTSENTWURF FÜR 2006 SETZT KAHLSCHLAG BEI VERTRIEBENENARBEIT FORT
Erwin Marschewski

SEITE 5
„DER KANZLER OFFENBART SICH ALS GEFANGENER SEINER POLITIK“
Dr. Wolfgang Schäuble

SEITE 6
PROBLEME DES OBLAST KÖNIGSBERG/ KALININGRAD BLEIBEN FÜR ROT-GRÜN KEIN THEMA
IAV

SEITE 7
DIE UNION BLEIBT WEITERHIN VERLÄSSLICHER PARTNER DER SPÄTAUSSIEDLER
Jochen-Konrad Fromme

Privater Sponsor will geplante Verlagerung des Westpreußischen Landesmuseums stoppen

Bundesregierung beantwortet Frage zur Verlagerung des Westpreußischen Landesmuseums ausweichend

Welche Erkenntnis besitzt die Bundesregierung über die Zusage eines Sponsors, zum Erhalt und weiteren Ausbau des Westpreußischen Landesmuseums in Münster beitragen zu wollen (Quelle: Westfälische Nachrichten vom 30. April 2005), und inwieweit ist die Bundesregierung bereit, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Sponsor sein Engagement an den Standort Münster geknüpft hat, ihr Vorhaben, eine Verlagerung des Westpreußischen Landesmuseums in das niedersächsische Lüneburg vorzunehmen, zu überdenken?

Daraufhin antwortete die Staatsministerin beim Bundeskanzler, Dr. Christina Weiss, wie folgt:

Die Bundesregierung ist darüber informiert, dass in Münster ein privater Sponsor seine Bereitschaft erklärt hat, einen Geldbetrag unter der Voraussetzung zur Verfügung zu stellen, dass der bisherige Standort des Westpreußischen Landesmuseums erhalten bleibt.

Die Bundesregierung ist grundsätzlich bereit, auf veränderte Situationen zu reagieren, weist jedoch darauf hin, dass nach der vom Bundeskabinett verabschiedeten und dem Deutschen Bundestag zugeleiteten „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ (BT-Drucksache 14/4586) die Integra-

tion des Westpreußischen Landesmuseums am Standort Lüneburg vorgesehen ist, um neben einer regionalen Schwerpunktsetzung und Vernetzung Synergien zu erreichen. So sind durch die integrierten Museumsbereiche erhebliche Einsparungen im Hinblick auf die laufenden jährlichen Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) zu erwarten.

Kommentar Helm:

Die Schriftliche Frage wird von der Bundesregierung nur ausweichend beantwortet. Staatsministerin Weiss scheint nicht wirklich bereit zu sein, ihr Konzept einer Zusammenlegung des westpreußischen mit dem ostpreußischen Landesmuseum am Standort Lüneburg zu überprüfen oder gar in Frage zu stellen.

Dabei ist kaum vorstellbar, dass sich eine Verlegung noch rechnet, sollte ein Großsponsor gefunden werden.

Erklärlich ist dies Verhalten vor allem dadurch, dass für die Bundesregierung die Aussicht verlockend sein wird, über eine entsprechende Gestaltung der Stiftungssatzung für die Trägerschaft der dann neu geschaffenen Einrichtung, erheblichen politischen Einfluss auf die Arbeit und alle wesentlichen Belange der Arbeit der Museen auszuüben.

Relativierung des Vertreibungsverbrechens an Sudetendeutschen bleibt unwidersprochen

Erwin Marschewski stellte schriftliche Frage zu Äußerungen des tschechischen Staatspräsidenten Klaus

Wie bewertet die Bundesregierung die jüngsten Äußerungen des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus, der die Vertreibung von rund 3 Millionen Sudetendeutschen als „präventive Maßnahme“ bezeichnet hat, die das Entstehen eines neuen Krieges verhindern sollte (Quelle: dpa vom 6. Juni 2005) und was hat die Bundesregierung unternommen, um ihre Position gegenüber der tschechischen Seite zu verdeutlichen?

Daraufhin antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Klaus Scharioth wie folgt:

Die oben zitierte Äußerung des tschechischen Staatspräsidenten Klaus stammt aus einem Namensartikel, den der Präsident am 6. Juni 2005 als unmittelbare Reaktion auf einen Artikel des tschechischen Historikers Mandler in der tschechischen Zeitung „Mlada fronta dnes“ veröffentlicht hat. Darin beschreibt Präsident Klaus die damalige tschecho-

slowakische Sicht der Geschehnisse; darauf bezieht sich auch das Zitat. Bereits Anfang 2003 hatte Präsident Klaus die Vertreibung als aus heutiger Sicht „nicht akzeptable Tat“ bezeichnet.

Der Artikel, der wiederum von Mandler nicht unwidersprochen blieb, ist Teil einer in Tschechien heute öffentlich geführten Debatte über die Ereignisse der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit und kann damit zur innertschechischen Aufarbeitung der Vergangenheit beitragen. Präsident Klaus sagte in seinem Artikel explizit, dass er nicht die Absicht habe, „etwas zu beschönigen oder das ganze Konglomerat tragischer und menschlich sehr schmerzlicher Ereignisse zu verteidigen“. Er verurteilt ausdrücklich das Prinzip der Kollektivschuld, beruft sich jedoch auf die Zustimmung der Siegermächte.

Die Bundesregierung ist – wie alle Bundesregierungen vor ihr – weiterhin der Auffassung, dass die Vertreibung völkerrechtswidrig war. Diese Haltung ist der tschechischen Seite bekannt.

Rot-grüner Haushaltsentwurf für 2006 setzt Kahlschlag bei Vertriebenenarbeit fort

Erwin Marschewski kritisiert Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Jahr 2006

Auch im Jahr 2006 plant die rot-grüne Bundesregierung ihre Kürzungspolitik zur Lasten der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten fortzusetzen. So stehen erneut weniger Mittel für diesen Aufgabenbereich zur Verfügung.

Im Bereich der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz wurde der Etat erneut um rund 300.000 Euro auf nunmehr noch lediglich 12,6 Millionen Euro gekürzt. Damit betragen die Kürzungen seit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung in diesem Bereich 47 Prozent.

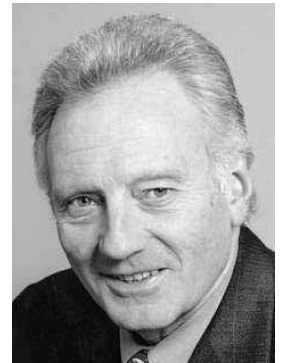
Besonders betroffen sind wieder einmal die Maßnahmen zur Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur und Geschichte. Für die Förderung des grenzüberschreitenden kulturellen Austausches werden, obwohl seit der Wende in Europa und seit der Osterweiterung der Europäischen Union besonders wichtig, schon seit Jahren keine Mittel durch Rot-Grün mehr zur Verfügung gestellt.

Dem rot-grünen Streichkonzert zum Opfer fallen auch die Maßnahmen zur Unterstützung für deutsche Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich nicht-europäischer Nachfolgestaaten der UdSSR. Im Haushaltsentwurf wird dieser Ansatz erneut um rund 2

Millionen Euro gekürzt. Besonders betroffen davon sind die Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für die deutschen Minderheiten. Dieser Etatansatz wurde allein im Vergleich zum Vorjahr nahezu halbiert. Damit wird die Bundesregierung wieder einmal ihrer Verantwortung für die deutschen Minderheiten nicht gerecht.

Diese einfallslose Kürzungspolitik der rot-grünen Bundesregierung muss ein Ende haben. Auch wird die Politik der ständigen Einflussnahme und Bevormundung durch die rot-grüne Bundesregierung weder der Hocharrangigkeit der Aufgabe noch den gesetzlichen Vorgaben gerecht.

Im Bereich der Politik für Heimatvertriebene, deutsche Spätaussiedler und deutsche Minderheiten ist ein Politikwechsel dringend notwendig.



**Erwin
Marschewski**

(Fortsetzung von S.1)

Die Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten haben nach einer möglichen Bundestagswahl von Rot-Grün genauso wenig zu erwarten wie in den vergangenen sieben Jahren.

An keiner Stelle des Wahlmanifestes der SPD sind diese wichtigen gesellschaftlichen Gruppen auch nur mit einem Wort erwähnt.

Nicht in den Aussagen der SPD zur Außen- und Europapolitik, obwohl den Heimatvertriebenen und den deutschen Minderheiten in den Ländern, in denen sie leben, eine wichtige Brückenfunktion im Zusammenleben mit der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung zukommt.

Nicht in den Aussagen der SPD zur Innenpolitik, obwohl Millionen Menschen in Deutschland heute noch zu diesen Schicksalsgruppen gehören.

Auch spielen die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen weder in bundespolitischer Hinsicht noch im internationalen Rahmen für die SPD irgendeine Rolle.

Demgegenüber bekennen sich CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm zu den Heimatvertriebenen und den deutschen Volksgruppen. Ihre Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn wird hervorgehoben.

Obwohl sich das Regierungsprogramm von CDU und CSU auf einige Kernbereiche beschränkt, setzt es sich mit dem Komplex von Vertreibung auseinander und bekennt sich zu einem „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin als Beitrag, Vertreibungen für immer zu ächten.

Die vergangenen knapp sieben Jahre rot-grüne Politik im Bund waren für die Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten verlorene Jahre.

Ein Politikwechsel in diesem Aufgabenbereich ist dringend notwendig und überfällig.

CDU und CSU werden auch weiterhin für die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten eintreten.

Bundesregierung ignoriert Rechtsgutachten zum Fortbestand von Eigentumsansprüchen

Erwin Marschewski stellte schriftliche Frage zum Rechtsgutachten von Prof. Eckart Klein (Potsdam)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die in einem Rechtsgutachten im Auftrag des Deutschen Bundestages formulierten Ergebnisse, wonach die Erklärung des Bundeskanzlers zu den Eigentumsansprüchen auch vor der Erklärung, weder durch den Überleitungsvertrag, noch durch Zeitablauf oder durch innerstaatliche Erfüllung erloschen waren, erheblich von dem Gutachten, welches die Bundesregierung gemeinsam mit der polnischen Regierung beauftragt hat, abweichen, und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung nunmehr zum Fortbestand deutscher Eigentumspositionen?

Daraufhin antwortet die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, wie folgt:

Das von Ihnen angesprochene Gutachten von Prof. Eckart Klein (Pots-

dam) gibt ausweislich des dem Gutachten vorangestellten Deckblattes „nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegt das Gutachten in der ausschließlichen fachlichen Verantwortung des Verfassers.“

Die Bundesregierung hat erklärt, dass sie die Ansicht der unabhängigen Rechtsexperten Prof. A. Jochen Frowein (Heidelberg) und Prof. Jan Barcz (Warschau) teilt, nach der Individualansprüche deutscher Staatsangehöriger wegen der Enteignungen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg weder nach Völkerrecht noch nach deutschem oder polnischem Recht bestehen (vgl. Antwort des Staatssekretärs Jürgen Chrobog vom 22. November 2004 auf Ihre Frage Nr. 4 auf BT-Drs. 15/4295). Die Bundesregierung hält an dieser Auffassung fest.

Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz reichen nicht aus

Hessen fördert Integrationsmaßnahmen mit zusätzlichen Deutschkursen für Erwachsene

Die Integrationskurse, die nach dem Zuwanderungsgesetz seit Beginn dieses Jahres für Zuwanderer vorgesehen sind, die schon seit längerem in Deutschland leben, reichen nach Ansicht der Hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger nicht aus, um die nachholende Integration in ausreichendem Maß sicherzustellen.

„Hessen wird deshalb seine Sprachfördermaßnahmen für Erwachsene, insbesondere Eltern, fortführen, die auf große Resonanz stoßen, und versteht sie als Ergänzung zu dem bundesfinanzierten Angebot, an dem nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund teilnehmen können“, erklärte sie heute in Wiesbaden. Im Rahmen der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz steht für Hessen in diesem Jahr ein Kontingent von 6.896 Plätzen für so genannte Bestandsausländer, die freiwillig teilnehmen zur Verfügung. Hiervon haben bisher 4.216 Bestandsausländer eine entsprechende Zulassung zur Teilnahme erhalten. Die Ministerin hat grünes Licht für die Förderung der ersten 97 Sprachkurse durch das Land im Jahr 2005 in Höhe von knapp 165.770 Euro gegeben. An ihnen werden rd. 1.270 Erwachsene, insbesondere Mütter und Väter, teilnehmen. Viele Kurse finden im direkten Verbund mit Kindergärten und Schulen statt. Silke Lautenschläger machte darauf aufmerksam, dass hiermit der Topf nicht ausgeschöpft ist, sondern weitere Maßnahmen für eine Förderung angemeldet werden können. Sie rief die Kommunen auf, entsprechende Sprachangebote einzurichten. Gleichzeitig warb sie bei den Ausländerbeiräten dafür, Eltern zur Teil-

nahme zu motivieren. „Das Erreichen der Eltern ist nicht einfach. Es ist wichtig, sie über die Bedeutung guter Deutschkenntnisse bei sich selbst und ihren Kindern zu informieren.“ Da in der Regel bei jüngeren Kindern die Mütter die zentralen Bezugspersonen seien, sollten sich die Deutschkurse vor allem an sie richten. Ein großer Teil der Kinder aus zugewanderten Familien wachse in einem Umfeld auf, in denen die Eltern oft keine oder nur geringe Deutschkenntnisse besitzen.

Das Hessische Sozialministerium hat im Herbst 2003 mit der verstärkten Förderung von Deutschkursen zugewanderter Eltern und anderer Erwachsener begonnen. So wurden im vergangenen Jahr 243 Kurse mit insgesamt 3.715 Teilnehmern, insbesondere Mütter, gefördert. „Die Teilnehmerzahl hat sich seit dem Förderstart mehr als verdreifacht. Dieser wichtige Integrationsbaustein, um den das erfolgreiche Sprachförderprogramm für Zuwandererkinder im Kindergartenalter ergänzt worden ist, greift“, zog die Ministerin eine positive Bilanz.



**Hessens Sozialministerin
Silke Lautenschläger**

„Der Kanzler offenbart sich als Gefangener seiner Politik“

Dr. Wolfgang Schäuble bewertet die Feierlichkeiten zu 750 Jahren Königsberg in „Die Welt“ vom 4.07.2005

Wozu dient eigentlich die Geschichte?" - eine Frage, die nur auf den ersten Blick naiv scheint, seit Jahrtausenden die Reflexion über Vergangenheit und Zukunft und vor allem über Verantwortung bewegt. So beginnt der französische Historiker Marc Bloch seine "Apologie der Geschichte". Seine Antwort: Geschichte soll im Suchen nach Ursachen und Zusammenhängen "Wege zur Wahrheit und Gerechtigkeit erschließen".

Erst ein historisch geschärftes Bewusstsein unserer Gegenwart macht zukunftsweisende Politik möglich. Je tiefer das historische Verständnis, desto weitsichtiger der Blick in die Zukunft.

Die Feiern zur Gründung Königsbergs, das heute Kaliningrad heißt, verlangen ein solches Sensorium. Sich der Geschichte dieser Stadt zu stellen ist eine einzigartige Herausforderung. Sie verkörpert glanzvolle Höhepunkte europäischen Denkens ebenso wie Schmerz und Leid vieler, und ihr historisches Erbe strahlt weit über ihre Grenzen hinaus.

Dies beschreibt die europäische Identität der Stadt, wobei die vielfältige Erinnerung der Menschen heute im gemeinsamen Wunsch auf eine gedeihliche Zukunft zusammenfinden sollte.

Wir Deutsche wissen um die Verantwortung, die wir für das Schicksal der Nationen in diesem Teil Europas im vergangenen Jahrhundert zu tragen haben. Das Bekenntnis zu dieser Verantwortung ist nicht teilbar und kann deshalb auch nicht je nach grade passendem Anlass auf unser Verhältnis zu dem einen oder anderen Land beschränkt werden. Vielmehr gehört zur Glaubwürdigkeit deutscher Politik untrennbar eine Verständnis umfassende historische Verantwortung.

Dies bedeutet anlässlich der Feiern, dass eine richtige Politik drei wesentliche Elemente verbinden muss: das Bekenntnis zu unserem eigenen historischen Erbe Königsberg, freundschaftliche Zeichen historischer Verantwortung gegenüber Russland und ebenso eindeutig auch gegenüber Polen und den baltischen Staaten - und all dies mit Blick auf eine gute Zukunft für diese leidgeprüfte Region Europas.

Ein deutscher Bundeskanzler muss dies begreifen und in geeigneter Form darauf hinwirken, dass der Kreis der Feiernden der Bedeutung des Anlasses entspricht - Gerhard Schröder vermag dies nicht. Dabei wären die Feiern eine einmalige Chance, gerade auch angesichts der Vertrauenskrise innerhalb der erweiterten EU europäische Solidarität zu üben und zu demonstrieren, dass das gute Verhältnis des Kanzlers und des französischen Präsidenten zum russischen Staatschef für unsere östlichen EU-Partner kein Grund zu Sorge und Skepsis zu sein braucht. Der Kanzler aber offenbart sich als Gefangener seiner Politik, deren Einseitigkeit und unverantwortliche Kritiklosigkeit gegenüber Moskau kaum mehr ernst genommen wird, aber Gräben und Wunden in unserem sensiblen Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn vertieft.

Diese neuerliche Etappe auf Schröders "deutschem Weg" demonstriert erschreckende Geschichtslosigkeit und einen fatalen Mangel an europapolitischem Gespür und Takt. Statt falschen Sonderwegen und des

Inszenierens fragwürdigen Selbstbewusstseins muss es doch deutscher Außenpolitik zuvorderst darum gehen, für Vertrauen unter den europäischen Partnern zu sorgen, das letztlich auch der wichtigen Stabilität in den Beziehungen der EU zu Russland zugute kommt. Dazu gehört auch ein überlegter Umgang mit der



Dr. Wolfgang Schäuble

außergewöhnlichen Symbolkraft Kaliningrads, für den das Wort Marc Blochs zutrifft: Die Geschichte "bietet eine breit gestreute Erfahrung menschlicher Vielfalt, sie ist eine lange Begegnung von Menschen. Im Leben wie auch in der Wissenschaft ist alles daranzusetzen, dass es eine brüderliche Begegnung werde."

Tschechien verweigert Kriegsgräberabkommen

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat es bei den Kulturellen Sommertagen des Bundes der Vertriebenen als völlig unverständlich und dem europäischen Rechtsstandard nicht entsprechend bezeichnet, dass das unterzeichnungsreife Abkommen über die Gräber von Kriegsoffizieren von der Tschechischen Regierung nicht unterzeichnet wird. Tschechien sei nicht mehr bereit, die Opfer der Nachkriegszeit von 1945 bis 1949 in den Anwendungsbereich des Abkommens aufzunehmen. Hierbei handelt es sich insbesondere um die deutschen Zivil-, Flucht- und Vertreibungstoten.

Die Beauftragten der beiden Regierungen hatten sich darauf verständigt, dass in diesem Abkommen unter deutschen Kriegstoten sowohl die Angehörigen der deutschen Streitkräfte als auch Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die im Zusammenhang mit den Ereignissen der beiden Weltkriege auf tschechischem Boden ums Leben gekommen sind, zu verstehen sind. Außerdem sonstige Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die in den Jahren 1945-1949 auf tschechischem Boden infolge der Gewaltherrschaft ums Leben gekommen sind.

Deutschland habe mit vielen Staaten ein entsprechendes Abkommen, das gegenseitig die Pflege der Gräber von Kriegsoffizieren beinhalte. Erst im Dezember 2003 wurde ein entsprechendes Kriegsgräberabkommen mit Polen unterzeichnet.

Zweite Konferenz der Aussiedlerbeauftragten der CDU-Landes- und Kreisverbände in Berlin

Integrationsprobleme müssen offen ermittelt und bekämpft werden – Warnung vor rechtsextremen Parteien

Am 6. Juli fand die zweite Konferenz der Aussiedlerbeauftragten CDU-Landes- und Kreisverbände im Jahr 2005 in Berlin statt. Schwerpunktthema der Veranstaltung war die Ansprache der Aussiedler im bevorstehenden Bundestagswahlkampf.

Der Vorsitzende der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz, Jochen-Konrad Fromme MdB, betonte, dass die CDU sich als einzige Partei immer für die Belange der Aussiedler eingesetzt habe.

Im Gegensatz zur CDU, die immer für eine strikte Trennung der Aussiedler und anderer Zuwanderer eingetreten ist, fasst die SPD diese Gruppen unter dem Oberbegriff „Migranten“ zusammen. Damit werde sie jedoch der besonderen Stellung der Aussiedler nicht gerecht.

Anlass zur Sorge gebe, so Fromme weiter, dass sich rechtslastige

Parteien wie die NPD oder DP vermehrt um die Gunst der Aussiedler in Deutschland bemühen.

Hierbei müsse ganz klar gemacht werden, dass Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land nicht geduldet werden dürfen.

Besonderer Dank gelte dem Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands, Dr. Johannes von Thadden, der betonte, dass die Aussiedler sich von der CDU immer gut vertreten fühlen können. Gleichwohl sei es jedoch wichtig, sowohl die Chancen und Herausforderungen als auch die Probleme anzusprechen. Denn nur durch einen offenen Dialog könne man z.B. die Schwierigkeiten bei der Integration überhaupt ermitteln und letztlich bekämpfen.

Probleme des Oblast Königsberg/Kaliningrad bleiben für Rot-Grün kein Thema

Schriftliche Fragen zum Kanzlerbesuch in der Region Königsberg führten zu unverschämten Antworten

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, stellte im Juli folgende schriftliche Fragen an die Bundesregierung:

Inwieweit haben Fragen der gemeinsamen Geschichte und vor allem Probleme des Oblast Königsberg/Kaliningrad bei den im Rahmen des Besuches von Bundeskanzler Schröder am 3. Juli 2005 geführten Gesprächen eine Rolle gespielt, da der Presseberichterstattung zu entnehmen ist, dass vor allem geopolitische Themen erörtert und die Jubiläumsfeier selbst von Präsident Wladimir Putin als innerrussisches Ereignis bezeichnet wurde (Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juli 2005) und zu welchen Ergebnissen haben gegebenenfalls Gespräche über Themen, die Stadt und den Oblast Königsberg/Kaliningrad betreffend, geführt?

Daraufhin antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Georg Boomgarden, wie folgt:

„Bei der trilateralen Begegnung zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem französischen Präsidenten Jaques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder am 3. Juli 2005 in Swetlogorsk standen internationale und europäische Themen im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Entwicklung des Kaliningrader Gebietes erörtert. Bei Ansprachen an der Staatlichen Immanuel-Kant-Universität Kaliningrad haben sowohl der Bundeskanzler als auch Präsident Putin besonders auf die deutsche Vergangenheit Kaliningrads hingewiesen. Dabei hat der Bundeskanzler die besondere Rolle Kalinin-

grads als westlichster Stadt Russlands für die Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen EU und Russland unterstrichen und auf die Bedeutung des Engagements deutscher und europäischer Institutionen in Kaliningrad hingewiesen.“

Die unpräzise Beantwortung der Frage hat Erwin Marschewski verlasst, eine weitere Frage zu stellen: *Welche Themen wurden beim Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 3. Juli 2005 im Königsberg/Kaliningrader Gebiet im Zusammenhang mit der Entwicklung des Gebietes erörtert (vgl. Antwort des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Gregor Boomgarden, vom 13. Juli 2005 auf meine schriftliche Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 15/5919) und welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?*

In meiner Antwort vom 13. Juli 2005 hatte ich Ihnen bereits mitgeteilt, dass die Entwicklung des Kaliningrader Gebiets im Rahmen des Besuchs erörtert wurde. Bei Ansprachen an der Staatlichen Immanuel-Kant-Universität Kaliningrad haben sowohl der Bundeskanzler als auch Präsident Putin besonders auf die deutsche Vergangenheit Kaliningrads hingewiesen.

Dabei hat der Bundeskanzler die besondere Rolle Kaliningrads als westlichster Stadt Russlands für die Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland unterstrichen und auf die Bedeutung des Engagements deutscher und europäischer Institutionen in Kaliningrad hingewiesen.

Die Union bleibt weiterhin verlässlicher Partner der Spätaussiedler

Jochen-Konrad Fromme zum Regierungsprogramm der Union und zu Perspektiven bei der Integrationsarbeit

Die Parteien haben ihre Wahlprogramme vorgelegt und dabei zeigen sich deutliche Unterschiede.

Da die CDU kein Vollprogramm aufgestellt hat, hat sie ihre bisherigen Positionen nicht alle erneut aufgelistet. Das bedeutet, CDU und CSU sind unverändert zuverlässige Partner der deutschen Spätaussiedler. Das jetzt verabschiedete Kurzprogramm beinhaltet anstehende konkrete Entscheidungen oder Änderungen gegenüber der bisherigen Politik oder neu aufgetauchte Probleme. Bei allen anderen Fragen bleiben die bisherigen Positionen bestehen.

Daher steht fest, für die Union sind die Aussiedler nach wie vor eine wichtige Gruppe und die bisherigen ausdrücklichen Erklärungen gelten. Die Union steht an der Seite der Aussiedler. Zu der bisherigen Programmatik gibt es überhaupt keinen Unterschied.

Dies wurde in der Bundesvorstandssitzung vom 11.07.05, die sich mit dem Programm befasste, klargestellt. Genauso wurde beispielsweise auch mit den Fragen des Sports und der Kommunen umgegangen.

„Freiwerdende Mittel müssen zur besseren Integration genutzt werden“

Seit einigen Jahren nimmt der Zuzug von Aussiedlern nach Deutschland stetig ab. Allein im ersten Halbjahr des Jahres 2005 kamen mit 21.790 Spätaussiedlern einschließlich ihrer Familienangehörigen 20% weniger Personen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres nach Deutschland.

Durch den Rückgang der Zuzüge werden Mittel im Bundeshaushalt frei.

Ich fordere dazu auf, diese freiwerdenden Mittel zweckgerichtet einzusetzen und dazu zu nutzen, die Integration zu verbessern. Vor dem Hintergrund der vorhandenen Integrationsprobleme halte ich dies für dringend erforderlich.



Jochen-Konrad Fromme

Prag muss den Dialog mit deutschen Heimatvertriebenen aufnehmen

Hessischer Landesbeauftragter Friedrich besuchte sudetendeutsches Landestreffen in Wetzlar

Der hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Rudolf Friedrich nahm auf dem sudetendeutschen Landestreffen in Wetzlar zum deutsch-tschechischen Verhältnis Stellung:

„Die jetzige Bundesregierung hat die Interessen der Heimatvertriebenen nicht genügend deutlich vertreten.

Anders verhält sich die Hessische Landesregierung. Ministerpräsident Koch war im letzten Jahr in Prag und hat dort natürlich auch den Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag empfangen. In Ergänzung dieses Besuches habe ich als Landesbeauftragter vor wenigen Monaten ganz bewusst die offiziellen Gespräche mit Abgeordneten, mit Wissenschaftlern und mit Journalisten im Sudetendeutschen Büro geführt. Für meine Gesprächspartner war der Ort des Gespräches kein Problem. Und auch bei den Themen, die in aller Offenheit besprochen wurden gab es keine Tabus.

Eine deutsche Bundesregierung, die die Prager Regierung nicht zum Dialog mit den Betroffenen auffordert, hat versagt und hat damit auch eine wahre Verständigung nicht gefördert.

Mit der EU-Osterweiterung liegen die Heimatgebiete der Vertriebenen nicht mehr jenseits des Eisernen Vorhangs. Das könnte eine große Chance sein. Deshalb wäre ein Zeichen aus der Tschechischen Republik überfällig. Aber die Enthüllung des Benes-Denkmal in Prag ist das Gegenteil. Es ist eine Provokation nicht nur für die Vertriebenen, sondern für ganz Europa.

Hessen wird das Zentrum gegen Vertreibungen, und zwar in Berlin,

unterstützen, das hat Ministerpräsident Koch erst jüngst bestätigt. Auch in dieser Frage hat die Bundesregierung versagt und die frühere Zusage des Bundesinnenministers ignoriert.“



Rudolf Friedrich

Haus Kopernikus in Allenstein/Olsztyn

Das im Jahr 2000 unter maßgeblicher Beteiligung Bayerns eröffnete deutsch-polnische Begegnungszentrum "Haus Kopernikus" ist nach den Worten von Bayerns Sozialstaatssekretär Jürgen W. Heike „sowohl Mittelpunkt der deutschen Minderheit in der Region Ermland und Masuren als auch Brücke zwischen Deutschen und Polen“.

„Das Begegnungszentrum trägt dazu bei, die Situation der deutschen Minderheit in Polen weiter zu verbessern“, erklärte der Staatssekretär bei der Eröffnung des Jugendbegegnungszentrums im Haus Kopernikus in Allenstein im früheren Ostpreußen, dem heutigen polnischen Olsztyn. Heike: „Nur wo Volksgruppen über ein eigenes Zentrum verfügen, haben sie Zukunft. Nur wo eigener Raum ist, vermag sich etwas zu entwickeln. Das Haus Kopernikus ist insofern eine Investition in die Zukunft und ein wichtiger Mittler zwischen unseren Völkern.“

Unsere engen Beziehungen und regen politischen Kontakte unterstreichen dies.“

Zum 90. Geburtstag von Dr. Herbert Hupka

Auch am 15. August, wenn Dr. Herbert Hupka seinen 90. Geburtstag begeht, geschieht dies in enger Verbundenheit zu seiner Heimat Schlesien. Überraschungsgratulanten werden enttäuscht sein, denn in seinem Wohnort Bonn werden sie ihn nicht antreffen.

Den Jubilar zieht es ins oberschlesische Ratibor, in die Stadt, in der er aufgewachsen ist. Dort wird eine Messe gelesen werden und „es wird auch eine kleine Feier geben“.

Herbert Hupka und Schlesien: Kaum

ein Name steht in der Nachkriegsgeschichte so eng mit dieser Region verbunden. Ob in seiner Arbeit im „Kuratorium Unteilbares Deutschland“, ob als Mitgründer und späterer Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien über 32 Jahre, ob als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen und Präsident des Ostdeutschen Kulturrates, ob als Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU und als langjähriger Bundestagsabgeordneter; sein Wirken galt zuerst und besonders auch seiner Heimat Schlesien.

Dabei hat er unendlich viel bewegt, für die deutschen Heimatvertriebenen, für die Bewahrung und Pflege des historischen deutschen Erbes und für die deutsche Minderheit in der alten Heimat. Viel bewegt hat er auch für eine Verständigung und dauerhafte Aussöhnung mit Deutschlands östlichen Nachbarn, besonders mit Polen. Seit der Wende in Europa findet das Bemühen von Herbert Hupka um Aussöhnung auf Basis von Wahrhaftigkeit auch in der alten Heimat viel Anerkennung. Sein Blick geht dabei ständig in die Zukunft, wenn er die Deutschen mahnt, sich mehr für unseren Nachbarn Polen zu interessieren. (IAV)



Dr. Herbert Hupka

Historisches Kalenderblatt (1. bis 31. August)

Vor 1050 Jahren: In der Schlacht auf dem Lechfeld (10.8.) besiegt ein deutsches Herr mit böhmischer Beteiligung unter König Otto I. die Ungarn. König Otto erhält danach den Beinamen „der Große“.

Vor 65 Jahren: Auf Beschluss des Obersten Sowjet werden zwischen dem 3. und 7. August die baltischen Staaten nach politischen und militärischen Drohungen in die Sowjetunion eingegliedert.

Vor 60 Jahren: Am 2. August endet die Potsdamer Konferenz mit ihren Beschlüssen zu Deutschlands Reparationen und zur Oder-Neiße-Linie.

Vor 55 Jahren: Am 5.8. wird in Stuttgart die „Charta der Heimatvertriebenen“ proklamiert. Darin verzichten die Vertriebenen auf Rache und Vergeltung und bekennen sich zu einem gemeinsamen Europa.

Vor 35 Jahren: Am 12.8. unterzeichnet Willy Brandt den in Deutschland umstrittenen Moskauer Vertrag mit der Anerkennung der Grenzen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB
Dr. Peter Ramsauer MdB
Parlamentarische Geschäftsführer
Erwin Marschewski MdB

V.i.S.d.P.: Eva Christiansen

Redaktion: Thomas Helm (Hauptredaktion)
Katrin Kohl
Ingo Hallmann

Sekretariat: Petra Brüssow

Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und
Flüchtlinge

Anschrift: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-55364
Telefax (0 30) 2 27-56154